

«Man kann nicht mehr von einer Partnerschaft sprechen»

In den Bündner Wasserkonzessionsgemeinden wächst der Unmut über die Stromkonzerne, die den Wasserzins ab 2020 kürzen oder gar kappen wollen. Und eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht.

von Dario Morandi

Das Unbehagen ist gross, und das Vertrauen schwindet zusehends: Das haben am Samstag Reaktionen aus den Bündner Wasserrechtskonzessionsgemeinden an einer Tagung der Interessensgemeinschaft (IG) Kleingemeinden des Kantons Graubünden zum Thema «Wasserzins – Energiezukunft Graubünden» in Chur gezeigt. Um was ging es? Um die Absicht der Stromkonzerne, ab 2020 im Rahmen der Revision des Wasserrechtsgesetzes die Abgaben zu kürzen oder gar ersatzlos zu streichen. Dies, weil die Strompreise im Keller sind und die Milliardenschwere Verluste einfahren.

Dem freien Fall überlassen

Aus den Konzessionsgemeinden, die ihre Gewässer zwecks Stromerzeugung an die Kraftwerksgesellschaften «vermietet» haben, schallen inzwischen eher schrille Töne in Richtung der Konzernzentralen. Im Zusammenhang mit der Bemessung der Wasserzinsen gebe es für die Gemeinde kein Mitspracherecht, erklärten Sprecher der Interessensgemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden (IBK) vor den rund 100 Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern. «Deshalb kann man in zwischen nicht mehr von einer Partnerschaft zwischen den Kraftwerksgesellschaften und den Gemeinden sprechen.» Und auch die Politik bekam ihr Fett ab: Diese habe die Wasserkraft «einfach dem freien Fall überlassen», hiess es.

Gemeinden schaffen Werte

Klartext wurde auch vonseiten der Bündner Regierung gesprochen: Die Forderung der Konzessionsgemeinden, weiterhin Wasserzinsen erheben zu können, sei berechtigt. «Sie haben ein Recht darauf», betonte Energiedirektor Mario Cavigelli.

Indem die Gemeinden die Nutzung ihrer Gewässer erlaubten, würden sie einen Wert schaffen, der finanziell abzugelten sei, stellte der Präsident der Konferenz der Kantonalen Energiedirektorenkonferenz klar. Wie das der einst vonstattengehen soll, konnte



Lösungen aufzeigen: Regierungsrat Mario Cavigelli fordert an der Wasserkraft-Tagung der IG Kleingemeinden des Kantons Graubünden, die Wasserzins-Frage mit dem neuen Strommarkt-Design zu koppeln. Bild: Olivia Item

aber selbst er nicht sagen. Cavigelli machte sich für eine flexible Wasserzins-Regelung stark, die letztlich beiden Seiten dient. Cavigelli schickte gleichzeitig auch eine Forderung in



«Das ist alarmierend. Die Axpo darf nicht ausbluten.»

Robert Lombardini
Ehemaliger Verwaltungsratspräsident der Axpo Holding AG

Richtung Bundesbern ab: Die überarbeitete Wasserzinsregelung sei «mit einem neuen Strommarkt-Design zu koppeln», erklärte er. Zuvor müssten jedoch die bestehenden Strukturen der Strombranche dem veränderten Umfeld angepasst werden.

Kraftwerks-Chefs wehren sich

Der ehemalige Axpo-Verwaltungsratspräsident Robert Lombardini und Guido Conrad, Direktor der Kraftwerke Hinterrhein (KHR), argumentierten aus Sicht der Stromproduzenten. Axpo erwirtschaftete unter anderem wegen der Wasserkraft-Krise jährlich einen 250 Millionen Franken schweren Verlust. «Das ist alarmierend. Die Axpo darf nicht ausbluten», sagte Lombardini.

Für KHR-Chef Conrad droht sogar «die Stilllegung von Kraftwerken». Die Instandhaltung der Anlagen habe

man bereits auf ein Minimum heruntergefahren. Die Strompreise seien massiv gesunken, demgegenüber seien die Wasserzinsen seit ihrer Einführung um das Dreifache gestiegen, gab Conrad zu bedenken.

Neue Lösung aufgezeigt

Wie es mit den Wasserzinsen weitergehen wird, weiss bis heute niemand. Auch Fadri Ramming nicht. Der Generalsekretär der Regierungskonferenz der Gebirgskantone rief dazu auf, besser Systemreformen vorzunehmen, «anstatt die Wasserzinsen frontal anzugreifen». Ramming zeigte dabei Lösungsmöglichkeiten in Form eines «marktnahen» Berechnungsmodells für die Wasserzinsen auf. Dieses setzt sich aus einem festen Beitrag und einer Ressourcenrente zusammen, die je nach Geschäftsgang höher oder tiefer angesetzt werden kann.

Neues Kapitel tut sich auf

Graubünden sollte sich zur Wehr setzen, bevor die Wasserzinsen bachab rauschen.

Ein Kommentar
von Dario Morandi,
Regionalredaktor



Ständerat Martin Schmid hat es am Samstag an der Wasserkraft-Tagung der Kleingemeinden auf den Punkt gebracht: Graubünden müsse seine Interessen in der Wasserzins-Frage auf eidgenössischer Ebene einbringen, sagte er. Ob es dabei als Ersatz für die heutige Regelung zur viel gepriesenen «marktnahen» Lösung mit garantierendem Sockelbeitrag und einer Ressourcenrente kommen wird, sei hier ausgeklammert. Fakt ist: Wer in Graubünden oder sonst wo in der Schweiz Wasser bezieht, um damit Strom zu produzieren und Geld zu verdienen, muss dafür bezahlen. Und dies selbst dann, wenn die Geschäfte auf dem Strommarkt harzig laufen sollten. Dabei kann man über die Höhe der Abgeltung verhandeln oder gleich bessere Lösungen finden, als die bestehende Regelung. Die Wasserzinsen aber gleich kappen zu wollen, ist nicht nur unfair, sondern toll-dreist. Und es würde die bisher harmonische Partnerschaft zwischen dem Kanton Graubünden, den Konzessionsgemeinden und den Strommultis zerstören.

Eines ist an der Wasserzins-Debatte erstaunlich: Da konnten Axpo, Alpiq und Co. mit Bündner Wasserjahrzehntlang milliardenschwere Gewinne einfahren. Und jetzt, wo die Stromschwemme die Zahlen in den Rechnungen tiefrot aufscheinen lässt, gehen die vom Mittelland dominierten Konzerne ausgerechnet auf die schwächsten Glieder in der Wertschöpfungskette los, um die Budgets zu entlasten. Da wird man den Eindruck nicht los, dass sich da ein neues Kapitel in der unruhlichen Geschichte rund um den Unterländer Wasserkolonialismus aufut. Wehrt euch, Bündner – und zwar subito!

@ Kontaktieren Sie unseren Autor:
dario.morandi@soemedia.ch